

Sparen kostet Geld

Das Sparpaket der Bundesregierung wird teuer: Weil es an die Zukunft geht.

Die Bundesregierung reagiert auf die Finanzkrise – und hat im Juni 2010 das bisher größte Sparpaket in der Geschichte Deutschlands auf den Weg gebracht: mit einem Volumen von 80 Milliarden Euro. 30 Milliarden davon gehen zu Lasten von Arbeitslosen. So sollen die Übergangszuschläge beim Arbeitslosengeld ersatzlos gestrichen werden. Auch Weiterbildungen könnten geschleift werden.

Kürzungen sind also vorzugsweise im Sozialbereich geplant – und das gibt den vorher zugesagten Steuergeschenken wie etwa dem erniedrigten Steuersatz in der Hotelbranche eine besondere Note – vor allem, wenn etwa beim Wohngeld gestrichen werden soll.

Arbeitslose Jugendliche und Behinderte, die einen Rechtsanspruch auf finanzielle Hilfe haben, um einen Hauptschulabschluss nachzuholen oder eine Ausbildung auch in großer Entfernung von der elterlichen Wohnung aufzunehmen, könnte es desweiteren treffen, vermutet man bei der Arbeitsagentur. Wie auch junge Alleinerziehende mit Hartz IV, denen das Elterngeld komplett gestrichen wird. »Dann lieber abtreiben«, titelte selbst der für Skandalisie-



IGB LEGT VOR

AKTIONSLITFADEN

An der Arbeit für eine bessere Zukunft

Ein Leitfaden für bewährte Verfahren zum Organisieren junger Menschen

Einen Leitfaden zur gewerkschaftlichen Organisation junger Menschen hat der IGB (zum Kongress siehe Seite 5) herausgegeben. Im Download: www.ituc-csi.org/IMG/pdf/Youth_DE_final.pdf

rungen eigentlich unverdächtige Berliner »Tagesspiegel«.

Die Konjunktur wird abgewürgt, die Betriebe werden den Fachkräftemangel bejammern. »Die Jugendarbeitslosigkeit wird wieder deutlich ansteigen. Ein Einstieg in den Arbeitsmarkt findet nur über Leiharbeit, Befristungen oder Minijobs statt«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen bei fast 15 Prozent. Knapp die Hälfte der Jugendlichen erhält inzwischen nur befristete Arbeitsverträge.

Gewerkschaften, Jugend- und Sozialverbände kritisieren das Sparvorhaben als sozial ungerecht und krisenverschärfend. »Auch weil die junge Generation davon besonders betroffen ist«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff: »Die Leute fühlen sich verarscht. Nach den vielen Hundert Milliarden Euro für die Rettungspakete des Finanzsektors soll das Geld von den sozial Schwachen zurückgeholt werden.«

Dass die Krise nach wie vor anhält, zu deren Besserung von Staats wegen kräftig kein Geld mehr ausgegeben werden soll, darin ist man sich bei den Gewerkschaften ei-

INHALT

3 *thema*

Beim ESF in Istanbul

4 *ausbildung + beruf*

Bildungsstatistik: Jugend ohne Zukunft

Angezählt: Die Datenlage

Wirksame Klausel: Sonderzahlungen an Gewerkschaftsmitglieder

5 *projekte*

Guter Global Player: Der IGB-Weltkongress

Zu Gast: Histadrut

Gewerkschaftskampagne: »Global Finance«

6 *azubi-ratgeberin*

Sommerzeit – Urlaubszeit

7 *bezirke + gewerkschaften*


Der E.ON-Demografietarifvertrag

nig. Das Sparpaket bewirkt eine weitere Schwächung der Binnenkaufkraft. Dies hat Jobabbau und Insolvenzen zur Folge. »Die ersten, die davon betroffen sein werden, sind junge Beschäftigte, weil die am leichtesten entlassen werden können«, warnt Mario Patuzzi, DGB-Bezirksjugendsekretär in Bayern.

Und die staatlichen Einnahmen? Die Verursacher der Krise werden weiterhin nichts zahlen. Weder gibt es eine überarbeitete Erbschafts- noch eine Finanztransaktionssteuer.


Auch eine international abgestimmte Bankenabgabe wird es weiterhin nicht geben. Auf dem G20-Gipfel, der im Juni 2010 in Toronto stattfand, konnten sich die führenden Industrienationen nicht auf ein solches Vorgehen einigen.

Zum Herbst dieses Jahres wird sich die DGB-Jugend mit ihrer Kampagne »Wie willst du leben?« direkt an die Jugend wenden. Es wird darum gehen, was sich ändern muss, damit die junge Generation Perspektiven für ein Gutes Leben hat.

»Wir wollen gemeinsam mit den Jugendlichen über ihre Probleme und Zukunftsvorstellungen diskutieren, ihr Interessen zuspitzen und aktiv werden«, so Rudolf. 

DGB-JUGEND-DOSSIER

Ferienjobs

Pferde striegeln, Supermarktregale einräumen, iPads verkaufen, Erdbeeren pflücken... Worauf Jugendliche bei Ferienjobs zu achten haben, das hat die DGB-Jugend zusammengefasst. 

www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/meldungen/schuelerjobs

Luxusförderung

BAföG/Stipendienprogramm ■ Der Bundestag hat im Juni 2010 eine Erhöhung des BAföG um 2% beschlossen – die der Bundesrat aber im Juli 2010 einkassiert hat. Nun ist es am Vermittlungsausschuss, für Klarheit zu sorgen. Dagegen konnte die Bundesregierung ihr Stipendienprogramm – das eigentlich eher als schwer vermittelbar galt – im Bundesrat durchdrücken. Der Bund übernimmt die Kosten. Bis zu 160.000 der »leistungsstärksten« Studierenden werden ein monatliches Stipendium von 300 Euro erhalten. »Raubbau am BAföG für Elite-Stipendienten« titelte die Bildungsgewerkschaft GEW.

Andreas Schackert vom DGB-Jugend-Projekt »Students at work«: »Den Kindern von Wohlhabenden wird Geld in die Tasche gesteckt, das bei den sozial schwachen Studierenden eingespart wird.«

Reparaturarbeiten

Bildungslotsen kommen ■ Mit dem Einsatz von über 3.000 »Bildungslotsen« will der Bund »lerngefährdeten« Jugendlichen beim Einstieg in eine Berufsausbildung helfen. Ein entsprechendes Programm hat das Kabinett im Juni 2010 beschlossen. Als Bildungslotsen sollen SozialarbeiterInnen und auch ehrenamtliche Senior-ExpertInnen eingesetzt werden.

Bei den Gewerkschaften grummelt's deswegen: GEW-Chefin **Marianne Demmer** forderte die Abschaffung der Haupt- und Sonderschulen zugunsten einer Schule für alle, in der die Kinder und Jugendlichen individuell gefördert werden. Demmer: »Reparaturen reichen nicht mehr aus.«

Richtig teuer

Privat-Uni in Hessen ■ Millionen-Zuschüsse des Landes Hessen für die neue private »EBS Universität für Wirtschaft und Recht« in Wiesbaden stoßen auf Proteste. SchülerInnen, Studierende und GewerkschafterInnen demonstrierten zum Gründungsfestakt am 16. Juni 2010 dagegen, dass das rund 120 Mio. Euro teure Privat-Projekt öffentlich bezuschusst wird. geplant ist eine »Anschubfinanzierung« von rund 25 Mio. Euro.

Total irre: Die staatlichen Hochschulen müssen im nächsten Jahr mit 30 Mio. Euro weniger auskommen. Die Uni Marburg sieht sich sogar gezwungen, Abteilungen ihres Botanischen Gartens zu schließen.

DGB-Bezirksjugendsekretärin **Anke Muth**: »Skandalös! Die hessische Landesregierung zeigt mit ihrer Ankündigung, dass es sich bei den Versprechen, die Bildungsausgaben zu erhöhen, lediglich um Lippenbekennnisse handelt.«



A. Muth

Gesetz gefordert

Tarifeinheit ■ Das Bundesarbeitsgericht hat im Juni 2010 entschieden: Das Prinzip »Ein Betrieb – ein Tarifvertrag« ist nicht mehr wirksam. In ein und demselben Betrieb können mehrere Tarifverträge nebeneinander gelten. Der Beschluss des obersten deutschen Arbeitsgerichts stärkt Spartengewerkschaften und schwächt die Position der DGB-Gewerkschaften. Nun drängt der DGB auf eine gesetzliche Lösung. DGB-Chef **Michael Sommer**: »Wenn mehrere Tarifverträge von unterschiedlichen Gewerkschaften in einem Betrieb existieren, soll der Tarifvertrag gelten, der von der Gewerkschaft geschlossen wurde, die die meisten Mitglieder in dem Betrieb hat.«

Stellungnahme des DGB: www.dgb.de/presse

Mehr Schutz

Jugendmedien-Vertrag ■ Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben im Juni 2010 einstimmig der Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags zugestimmt. Sie soll am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Wesentlichste Neuerung ist die Alterskennzeichnung von Internetinhalten.

Knapper Osten

Fachkräftemangel ■ In den kommenden Jahren wird es auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wahrscheinlich zu wenig AkademikerInnen geben, wenn das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Recht hat. Demnach wird die Zahl der ostdeutschen HochschulabsolventInnen ab 2020 gerade noch reichen, um die in Rente gehenden AkademikerInnen zu ersetzen.

Laut IW werden von den derzeit 6,5 Mio. AkademikerInnen bundesweit bis 2024 etwa 2,3 Mio. ausgeschieden sein. Um diese Lücke zu füllen und genug Hochqualifizierte für »ein Wachsen der Wirtschaft« zu haben, brauche der Arbeitsmarkt aber 4 Mio.

DGB-Jugend-Referentin **Sabrina Klaus-Schelleter**: »Mit Elitenförderung, wie sie die Bundesregierung plant, ist da nichts zu machen.« Die DGB-Jugend fordert eine kostenlose und gute Bildung für alle.

Große Lücke

Mann und Frau ■ Der Bruttostundenverdienst weiblicher Beschäftigter in Deutschland im Jahr 2009 ist verglichen mit dem Vorjahr um 2,7% auf 14,90 Euro gestiegen. Männer erzielten einen Verdienst von 19,40 Euro (+ 2,6%).

Der »Gender Pay Gap« – der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen – lag damit wie bereits in den vergangenen Jahren bei 23%.

www.destatis.de

Anzahl gesunken

Weiterbildung ■ Der Anteil der weiterbildenden Betriebe ist drastisch gesunken. Das berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Juni 2010.

Mit 45% lag der Anteil der Betriebe, die ihren Beschäftigten regelmäßig Weiterbildungen anbieten, im Jahr 2009 vier Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert.

www.iab.de

Gutes Urteil

Fall »Emmely« ■ Die Gewerkschaften freuen sich über das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Sachen »Emmely«. Die Kaiser's-Kassiererin war nach 31 Jahren Tätigkeit gefeuert worden, weil sie zwei gefundene Getränke-Bons eingelöst hatte. Ein Gericht hatte die Kündigung für rechtmäßig erklärt. Das BAG hat im Juni 2010 entschieden: Eine Abmahnung tut's in diesem Falle auch.

»In Zeiten von Dumpinglöhnen, Leiharbeit und der Ausweitung von prekärer Beschäftigung ist dies ein gutes Urteil für die Beschäftigten«, sagt DGB-Chef **Michael Sommer**.

»Gewerkschaftliches Engagement darf nicht zu Kündigungen führen«, kommentiert ver.di-Bundesjugendsekretär **Ringo Bischoff** mit Blick auf »Emmelys« Rolle während vergangener Tarifaussensetzungen, und: »Mit diesem Urteil hat die Justiz wieder ein wenig Gerechtigkeit hergestellt.«

Der ganze Fall im Internet:

http://de.wikipedia.org/wiki/Fall_Emmely



M. Sommer

Krass wie immer

Ausbildungsdaten Juni 2010 ■ Nein, meine Suppe ess ich nicht – die Unternehmen verfahren auch im Juni 2010 nach diesem bewährten Grundsatz und sind weit entfernt von einer vernünftigen Ausbildungsquote. Den über 480.000 BewerberInnen standen 390.000 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber. Die amtliche Lücke: 93.000.

Und hinterher wird über den Fachkräftemangel geklagt.

www.dgb-jugend.de/themen/lehrstellensituation/aktuelle_statistik

Grün gesagt

O-Ton ■ »Ein positiver Bezug auf eine Nation, egal welche, ist immer negativ. Ein nationales Wir-Gefühl braucht immer auch ein Feindbild.«

Die Grüne Jugend – angesichts des Fan-Benehmens während der Fußballweltmeisterschaft – in ihrer Ankündigung für eine Demonstration gegen den § 90a Strafgesetzbuch (»Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole«) am 23. Juni 2010. Der Paragraph stehe für die offensichtliche Verfolgung linker DemonstrantInnen.

Keine Fragezeichen mehr

Die DGB-Jugend war zahlreich beim ESF in Istanbul vertreten. Prekarität und Krise heißt die Lebenswirklichkeit junger Menschen in Europa.

Jugend in der (Weltwirtschafts-)Krise!« lautete das Motto der DGB-Jugend beim diesjährigen Europäischen Sozialforum (ESF). Es fand vom 1. bis zum 4. Juli 2010 in Istanbul statt. Um die 100 Gewerkschaftsjugendliche aus Deutschland waren vor Ort. Insgesamt nahmen 5.000 Menschen am ESF teil.

Das Fragezeichen im Titel konnte man eigentlich gleich wieder streichen. Denn die Jugend ist in Europa – und nicht nur dort – Opfer der Wirtschafts- und Finanzkrise. Dies wurde auch schnell im Workshop der DGB-Jugend klar: Prekäre Beschäftigung ist auf dem Vormarsch, das zeigten die Erfahrungen aller Beteiligten. Der Trend geht zu noch mehr Flexibilisierung, die Standards bei den Arbeitsverhältnissen sind im freien Fall und die Jugendarbeitslosigkeit nimmt zu.

Der Workshop war eine zwei Stunden lange Diskussionsrunde auf hohem Aufmerksamkeitsniveau, gerade weil die TeilnehmerInnen von ihrer persönlichen Erfahrung ausgingen. So erzählte ein junger Leiharbeiter aus Deutschland von seinen Erlebnissen als Altenpfleger. Nie weiß er, wo der nächste Einsatzort liegt, welche Schichten er arbeiten muss. Und manchmal gibt es eben auch gar keine Arbeit, dementsprechend auch kein Einkommen. Zumindest ist es jeden Monat anders. Die KollegInnen aus der Türkei konnten hier gut einhaken: Arbeit sei in der Türkei oft informell, das heißt: ohne Regeln.

Andererseits, es ist kaum zu glauben, aber: Leiharbeit ist in der Türkei verboten, wie die türkischen TeilnehmerInnen betonten. In Deutschland nicht.

GewerkschafterInnen aus Spanien erzählten von einer bedrohlichen Jugendarbeitslosigkeit. Die offiziellen Zahlen seien schon schlimm, laut Regierungsangaben liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 50 Prozent. Nur: Die wahren Verhältnisse spiegeln sich darin noch gar nicht wieder.

»Fünf Millionen sind in Spanien arbeitslos. Viele Leute wurden wegen der Finanzkrise entlassen«, erzählte Izaskun Garrido

von der Gewerkschaft CCOO. Die spanische Regierung habe die Ausgaben insbesondere im Gesundheitsbereich drastisch zurückgefahren.

»Eine Debatte über Sozialversicherungen in Europa wäre nicht uninteressant«, sagt Christoph Beder von der DGB-Jugend-Delegation.

Die Diskussionen zeigten, dass die aktuelle Krise die Lage junger Leute verschärft. Andererseits ist Krise mittlerweile auch so etwas wie ein Dauerzustand der jungen Generation in Europa.

Dies mal als Klammer gesetzt, fragten sich gewerkschaftlich Aktive beim ESF: Was können Gewerkschaften tun, um die Lage zu verbessern? Auch hier zeigt sich ein europäischer Trend – das klassische Angebot der Gewerkschaften à la »Wir verhandeln



Gemeinsamer Protest beim ESF: Die Europäische Gewerkschaftsjugend in Aktion

Foto: Thomas StraÙe

für euch die Tarife, Service liefern wir auch, und darum werden alle viele Menschen Mitglieder« reicht so nicht ganz. Die Gewerkschaften müssen ganz anders auf – insbesondere junge – Leute zugehen und in die Betriebe rein!

Stopp, hieß es da gleich wieder, denn: In den Betrieben sind längst nicht alle anzutreffen. Viele haben gar keine Jobs.

Darauf hat man in Italien vorbildlich reagiert: Mit einer groß angelegten Medien- bzw. Internetkampagne, mit der das Thema prekäre Arbeitsbedingungen aufgenommen wurde, ist es gelungen, breite Schichten mit politischen Inhalten anzusprechen.

Und auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugendlichen hat sich seit dem ESF in Malmö entschieden verbessert: »Eine E-Mail reicht – und man kann was wuppen«, sagt Jessica Heyser, die den ESF-Workshop in Istanbul für die DGB-Jugend »gewuppt« hat.

Auf den verschiedenen Ebenen und in den Gremien sei es einfacher geworden, Inhalte zu platzieren, »wenn man die an anderer Stelle schon mal diskutiert hat«.


So wurde zwar in den Medien die im Gegensatz zu früheren ESF-Veranstaltungen sehr niedrige Teilnehmerzahl moniert. Für die Gewerkschaftsjugend macht die Beteiligung am ESF aber auf diese Weise sehr viel Sinn. Das Treffen ermöglicht die europaweite Vernetzung gewerkschaftlich und sozial bewegter Aktiver. Es bietet zudem ein breites Spektrum, um über die Gestaltung einer alternativen Politik zu sprechen.

»Für uns ist das ESF ein Ort, an dem wir uns austauschen können. Und um zu lernen, wie es in den anderen Ländern aussieht, welche Themen auf der Europa-Agenda der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen stehen und welche Lösungsmöglichkeiten es dort gibt«, sagt Heyser.

Dabei wird die multilaterale Zusammenarbeit immer barrierefreier. Junge Leute denken international und sind insofern kulturell zusammengewachsen, dass sie die gleichen Erfahrungen machen: Man steckt in Lissabon wie Istanbul seinen iPod aus Versehen in die Waschmaschine und wundert sich in allen Ländern Europas gleichermaßen, was mit den privaten Daten bei Facebook passiert.

Und warum es einfach nichts anderes als befristete Arbeitsverträge gibt.

Wenn die Zukunft überall unklar scheint und sich die Menschen sagen: Keine Ahnung, was in meinem Leben passieren wird, sicher ist nichts – dann verbindet das eben auch. Allerdings hapert es an der Kommunikation: Nicht alle jungen Europäer können zwei, drei Sprachen fließend, sondern oft nur die ihres jeweiligen Herkunftslandes. Da gibt's Handlungsbedarf.

Nichtsdestotrotz haben die jungen GewerkschafterInnen ein gemeinsames Vorgehen abgestimmt – und sich auf einen eigenen Jugendblock bei den Aktivitäten am 29. September 2010, dem »European Action Day«, verständigt. Das Thema, wie sollte es anders sein: prekäre Beschäftigung. 

Wer sich an der internationalen Gewerkschaftsarbeit beteiligen möchte, hier der Kontakt: DGB-Jugend, Jessica Heyser, Tel.: 030 / 240 60 171, E-Mail: jessica.heyser@dgb.de

Jugend ohne Zukunft

Bildungsbericht 2010 und BIBB präsentieren schlimme Zahlen: Trotz leicht steigender Ausbildungsbeteiligung bleibt der Anteil migrantischer Jugendlicher zu niedrig.

Jeder sechste junge Mensch in Deutschland zwischen 20 und 30 Jahren hat keinen Berufsabschluss und befindet sich auch nicht mehr in Bildungsmaßnahmen. Soweit das Ergebnis des im Juni 2010 veröffentlichten Bildungsberichts von Bund und Ländern. Besonders dramatisch ist die Situation für 20- bis 30-Jährige mit Migrationshintergrund, von denen über 30 Prozent ohne Berufsabschluss sind. Bei jungen Frauen türkischer Herkunft in dieser Altersgruppe sind es sogar 47,5 Prozent.

Eine zeitgleich veröffentlichte Berechnung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Ausbildungsbeteiligung für das Jahr zuvor zeigt: Während sich der Anteil unter den Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit nur geringfügig verändert hat, gibt es bei den Jugendlichen mit nichtdeutschem Pass einen deutlichen Anstieg der Ausbildungsbeteiligungsquote –

sowohl bei den Männern (plus fünf Prozent) als auch bei den Frauen (plus acht Prozent).

Allerdings sind die Ausgangswerte sehr niedrig: So ist der Anteil unter den migrantischen Jugendlichen, die einen Ausbildungsvertrag im dualen System abschließen, auch weiterhin nur halb so groß wie unter den deutschen – und dies, obwohl der Wunsch nach einer betrieblichen Ausbildung bei beiden Gruppen mit rund 60 Prozent gleich groß ist.


So schlossen von den männlichen Jugendlichen mit deutschem Pass 77,9 Prozent einen Ausbildungsvertrag ab; bei denen mit nichtdeutschem Pass waren es dagegen nur 35,4 Prozent.

Auch bei den nichtdeutschen Frauen ist der Anteil mit 28,9 Prozent nur halb so hoch wie bei den deutschen (58 Prozent). Fazit: Trotz einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr bleibt der Weg der Integration von migrantischen Jugendlichen mit nichtdeutschem Pass in das duale Berufsbildungssystem noch weit.

BIBB-Forschungsdirektor Reinhold Weiß appelliert an die Unternehmen, ihre Ausbildungsanstrengungen umgehend zu verstärken: »Wir werden den Fachkräftebedarf zukünftig nur decken können, wenn

wir mehr Jugendliche gewinnen, die bislang keine duale Ausbildung gemacht haben.«

Frühe Information an den Schulen, ein größeres Engagement und Flexibilität bei den Jugendlichen, vor allem aber auch eine größere Bereitschaft von Betrieben, auf Jugendliche zuzugehen, seien unerlässlich.

Die DGB-Jugend fordert, dass der Staat ein exzellentes Bildungswesen für alle Menschen sichern und junge Leute, wo nötig, gezielt fördern muss. 

Die Studie: www.bibb.de/begriffe/migrationshintergrund


Der *Berufsbildungsbericht 2010*: www.bmbf.de/de/berufsbildungsbericht.php

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

66 Prozent aller Auszubildenden sind mit der Höhe ihrer Vergütung nicht zufrieden.

59 Prozent der Auszubildenden machen regelmäßig Überstunden – durchschnittlich 4,8 Stunden pro Woche.

25 Prozent der Auszubildenden gehen neben der Ausbildung jobben. 

Quelle: *Bundesinstitut für Berufsbildung*

Wirksame Klausel

Das schöne Urteil: Tariflich festgelegte Sonderzahlungen an Gewerkschaftsmitglieder sind zulässig.

Ein Tarifvertrag darf vorsehen, dass bestimmte finanzielle Leistungen des Arbeitgebers nur Gewerkschaftsmitgliedern zugutekommen. Dieser wichtige Sachverhalt geht aus einem im Juni 2010 veröffentlichten Urteil des Landesarbeitsgerichts (LAG) Rheinland-Pfalz in Mainz hervor.

Das Gericht gab mit seinem gewerkschaftsfreundlichen Urteil paradoxerweise einem Arbeitgeber Recht. Er hatte sich geweigert, einer gewerkschaftlich nicht organisierten Mitarbeiterin eine so genannte Sonderzahlung von knapp 125 Euro im Monat zu zahlen. Denn die Zahlung war in dem einschlägigen Tarifvertrag ausdrücklich an die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft gebunden.

Bei der vorliegenden Vereinbarung handele es sich um eine so genannte einfache Differenzierungsklausel: Diese ist dadurch charakterisiert, dass sie in einer einzelnen

Tarifregelung – »im Inneren des Tarifvertrages« – die Mitgliedschaft in der tarifschließenden Gewerkschaft ausdrücklich zu einer »anspruchs begründenden Voraussetzung« macht.

Das LAG wertete diese Klausel als gültig. Zwar dürfe durch finanzielle Anreize kein »Druck« auf ArbeitnehmerInnen ausgeübt werden, Mitglied in einer Gewerkschaft zu werden. Das sei aber nur zu erwarten, wenn Gewerkschaftsmitglieder beispielsweise einen deutlich höheren Lohn erhielten als Nichtmitglieder. In dem Fall betrage die monatliche Sonderzahlung weniger als sieben Prozent des Jahresarbeitseinkommens. Damit würden Gewerkschaftsmitglieder nicht übermäßig begünstigt.

In den Gewerkschaften wird das Urteil natürlich positiv aufgenommen. DGB-Betriebsjugendsekretärin Annika Wörsdörfer: »Dies ist ein positives Signal an die Tarifkommissionen der Mitgliedsgewerkschaften.

Es zeigt, dass sie zu Recht in Tarifverträgen eine Besserstellung von Mitgliedern durchsetzen.« Denn es stärkt auch die Position der Gewerkschaften in den Betrieben.

Die bisherige strenge Auslegung der »negativen Koalitionsfreiheit« von Seiten der Arbeitsgerichte scheine sich nicht länger durchsetzen zu können, so Wörsdörfer.

Für die Gewerkschaftsarbeit sei dies eine unerlässliche Entwicklung und eröffne den KollegInnen vor Ort noch bessere Möglichkeiten, Mitglieder hinzuzugewinnen: »Gerade im Jugendbereich haben die Mitgliedsgewerkschaften gute tarifliche Lösungen und Besserstellungen für Mitglieder erreicht, die durch das Urteil als rechtlich zulässig zu betrachten sind«, sagt Wörsdörfer. 

LAG Rheinland-Pfalz,
Az.: 10 Sa 695/09



A. Wörsdörfer

Guter Global Player

IGB-Weltkongress: Junge GewerkschafterInnen fordern Gute Ausbildung, Gute Arbeit und ein Gutes Leben.

Jetzt zählen die Menschen – Aus der Krise mit globaler Gerechtigkeit« lautete das Motto des 2. Weltkongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), der vom 21. bis 25. Juni 2010 in Vancouver (Kanada) stattfand.

Mehr als 1.400 Delegierte, darunter etwa 100 Jugendliche aus der ganzen Welt, debattierten über die Zukunft der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Kein Wunder: Junge Menschen gehören zu denjenigen, die am meisten unter der globalen Krise zu leiden haben, die die Hindernisse für ihren Zugang zu menschenwürdiger Arbeit noch vergrößert.

Der Kongress forderte, die Achtung der grundlegenden Rechte jugendlicher Beschäftigter durchzusetzen. Ausbildung, Beschäftigung und das allgemeine Wohlergehen jugendlicher ArbeitnehmerInnen müssen im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik stehen, um den negativen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken.

»Ohne eine engagierte und gut ausgebildete Jugend wird eine neue, nachhaltige und faire Globalisierung, bei der die Menschen, deren Arbeitsplätze und ein menschenwürdiger Lebensunterhalt im Vordergrund stehen, nicht realisierbar sein«, sagte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf, der an dem Kongress teilnahm.

Weiteres Thema des Kongresses war die Gleichstellung der Geschlechter. Denn noch immer werden Frauen in allen Bereichen der Wirtschaft und in sozialen Tätigkeiten diskriminiert – eine »alltägliche und tiefverwurzelte« Realität, wie es in der entsprechenden Resolution heißt. Der IGB hat sich verpflichtet, bei allen seinen Bemühungen gegen diese Benachteiligung und Unterdrückung vorzugehen.

Ganz groß auch: der Klimawandel. Hier forderten die Delegierten deutlich geringere Emissionsraten in den entwickelten Industrieländern und Finanzhilfen für die Klimapolitik in den ärmsten Ländern. Und einen

»Entwicklungspfad« für die Schwellenländer, der nicht die Fehler der Industrieländer wiederholt. Das Ziel: eine faire soziale Welt mit geringem CO₂-Ausstoß und weniger Klimabelastung.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wurde zum neuen Präsidenten des IGB gewählt. Er folgt der bisherigen Präsidentin Sharan Burrow (Australien), die zur neuen Generalsekretärin gewählt wurde. Sommer: »Vier Jahre nach seiner Gründung ist der IGB ein globaler Player geworden – die globale Stimme der arbeitenden Menschen dieser Welt. Ich möchte maßgeblich mithelfen, diese globale Stimme zu stärken.« [S](#)

Weitere Infos auf www.dgb.de/presse/

JUGENDELEGATION IN NRW UND SACHSEN

Histadrut zu Gast

Nach 18 Jahren Pause besuchte im Oktober 2009 eine Delegation der DGB-Jugend aus NRW und Sachsen den israelischen Gewerkschaftsdachverband Histadrut. Jetzt gab es den Gegenbesuch: Im Juni 2010 waren 13 junge Israelis zu Gast in NRW, Berlin und Sachsen. Gemeinsam mit jungen deutschen KollegInnen

reisten sie zehn Tage durch Deutschland. Gespräche mit führenden GewerkschafterInnen, Betriebsräten und Besuche in Gedenkstätten standen auf dem Plan. Nicht nur konnten die Arbeitsbeziehungen zwischen Histadrut und DGB-Jugend gefestigt werden, es entstanden auch viele Freundschaften. Und das bedeutet: Der Austausch wird weitergehen. [S](#)

Marc Neumann



Israelische und deutsche GewerkschafterInnen: Der Austausch geht weiter

Finanzmarkt-Reform

Die gewerkschaftlich unterstützte Kampagne »Global Finance« will den Finanzmarkt regulieren.

Die globalen Finanzmärkte haben die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit verursacht. Um der Probleme Herr zu werden, wurden viele Banken mit Steuergeldern »stabilisiert«.

Die Folgen der Finanzkrise haben Schritt für Schritt alle Lebensbereiche erfasst. Weltweit sind Arbeitsplätze, Ersparnisse, Renten und öffentliche Dienstleistungen in Gefahr.

In Gewerkschaftskreisen ist schon lange klar: Damit die Menschen nicht auf der Strecke bleiben, muss der Finanzmarkt regu-

liert werden. DGB und IG Metall haben sich deshalb der Kampagne »Regulate Global Finance Now!« angeschlossen.

Ziel ist – neben der Regulierung des globalen Finanzwesens – die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So könnten Spekulationen eingedämmt werden. Dies würde zu höheren Einkünften des Staates führen und einen Übergang zu integrativen, gerechteren und umweltfreundlichen Gesellschaften erleichtern. Die bisher von der Europäischen Union unterbreiteten Vorschläge greifen zu kurz und werden den An-

forderungen eines soliden Finanzsystems nicht gerecht.

»Es braucht feste Regeln, um dem wahnwitzigen Treiben der Finanzjongleure ein Ende zu bereiten, und einen neuen Rahmen, der stärker das Gemeininteresse berücksichtigt«, schreiben die InitiatorInnen. Wichtig sei jetzt, die Transparenz und Rechenschaftspflicht derjenigen Institutionen zu erhöhen, die sich mit der Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte befassen. [S](#)

www.europeansforfinancialreform.org

»Ist gerade viel los«

Sommerzeit – Urlaubszeit: Damit der schönste Abschnitt des Jahres kein Traum bleibt, hier die besten Tipps.

Wie viel Urlaub gibt's denn so?

Um die Höhe des Urlaubsanspruchs herauszufinden, lohnt sich im ersten Schritt ein Blick in den Ausbildungsvertrag. Hier ist genau geregelt, wie hoch der Urlaub – gestaffelt nach den Kalenderjahren – ist. Aber Achtung! Nicht das Ausbildungsjahr bestimmt den Urlaubsanspruch, sondern das Alter der Auszubildenden. Maßgeblich ist hier das Alter zu Beginn des Kalenderjahres. Der Urlaub kann in Werk- oder Arbeitstagen angegeben sein. Das ist wichtig, da es zu einer unterschiedlichen Berechnung kommt. Wenn der Urlaub in Werktagen angegeben ist, dann müssen für eine Woche Urlaub sechs Urlaubstage eingereicht werden. Wenn der Urlaub in Arbeitstagen angegeben ist, müssen nur fünf Urlaubstage genommen werden.

Die Berechnung ist unabhängig davon, wie viele Tage der Auszubildende in der Woche regelmäßig arbeitet. Wenn der Auszubildende sich in der Berufsschulzeit Urlaub nimmt, ist er natürlich verpflichtet, die Schule weiterhin zu besuchen – und es wird ihm für diesen Tag auch kein Urlaubstag abgezogen.

Für Minderjährige ist der Urlaubsanspruch im Jugendarbeitsschutzgesetz (§ 19 JArbSchG) geregelt. Hier gelten folgende Mindestansprüche:

- wenn der Azubi zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 16 Jahre alt ist, mindestens 30 Werktage (bzw. 25 Arbeitstage)
- wenn der Azubi zu Beginn des Kalender-

jahres noch nicht 17 Jahre alt ist, mindestens 27 Werktage (bzw. 24 Arbeitstage)

- wenn der Azubi zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 ist, mindestens 25 Werktage (bzw. 21 Arbeitstage).

Ab 18 Jahren hat der Auszubildende, gleich normalen ArbeitnehmerInnen, Anspruch auf 24 Werk- bzw. 20 Arbeitstage. Dies ist im § 3 Bundesurlaubsgesetz (BUrlG) geregelt. Volljährige Auszubildende haben also in jedem Fall auf mindestens vier Wochen bezahlten Jahresurlaub Anspruch.

Wann gehe ich in den Urlaub?

Der Urlaub muss im laufenden Kalenderjahr gewährt und auch genommen werden (§ 7 BUrlG). Nur wenn extrem wichtige Gründe vorliegen (z.B. Krankheit) oder die Wartezeit noch nicht erfüllt ist, kann der Urlaub mit in das neue Kalenderjahr genommen werden. Dieser so genannte Resturlaub muss dann bis zum 31. März des Folgejahres aufgebraucht werden oder es muss – vorausgesetzt, es gibt wichtige Gründe – ein schriftlicher Antrag zur Übertragung darüber hinaus gestellt werden. Ansonsten verfällt der Resturlaub.

Schwierigkeiten

Es gibt einige Ausnahmen, in denen der Urlaubsantrag vom Arbeitgeber abgelehnt werden kann. Der Urlaubsanspruch entsteht erst nach einer Wartezeit von sechs Monaten nach Ausbildungsbeginn. In diesen ersten Monaten kann dem Auszubildenden der Urlaub verweigert werden. Danach besteht ein Anspruch auf den vollen Jahresurlaub. Wenn es in dem Ausbildungsbetrieb feste Betriebsferien gibt, in denen der Betrieb still liegt, muss der Auszubildende sich hier auch freinehmen. Unberührt sollte hier aber der Anspruch auf zwei Wochen Urlaub am Stück bleiben.

In der Praxis wird Auszubildenden manchmal der Urlaub nicht gewährt, weil gerade »viel los« ist und wenig Personal zur Verfügung steht. Personalmangel ist aber kein legitimer Grund, um Auszubildenden den Urlaub zu verweigern.

Damit es hier zu keinen Missverständnissen kommt, ist es wichtig, dass der Auszubildende immer einen schriftlichen Urlaubsantrag stellt, und zwar frühzeitig. Die Kopie des Urlaubsantrages und die schriftliche Bestätigung, dass der Antrag im Be-

trieb eingegangen ist, können einen wertvollen Nachweis darstellen. Wenn der Urlaubsantrag eingereicht wurde und innerhalb von einem Monat keine Rückmeldung durch den Arbeitgeber erfolgt, dann gilt der Urlaub als genehmigt. Wenn es hier



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Kanzog

keinen schriftlichen Nachweis über den Urlaub gibt, kann es in der Praxis häufig zu Problemen im Hinblick auf den Zeitpunkt des Urlaubs kommen. Eigenmächtiger Urlaubsantritt durch den Auszubildenden kann ein Kündigungsgrund für den Arbeitgeber sein (§ 15 Berufsbildungsgesetz).

Da ein stornierter Urlaub teuer und frustrierend werden kann, ist es gut, hier im Vorfeld Abhilfe zu schaffen und bei Problemen seinen Urlaubsanspruch lieber mit Hilfe der Gewerkschaft durchzusetzen.

Ein einmal genehmigter Urlaub kann vom Betrieb auch nicht kurzfristig gestrichen werden und der Auszubildende darf auch nicht aus dem Urlaub zurückgerufen werden. Verzichtet der Auszubildende allerdings freiwillig auf seinen Urlaub, hat er die hiermit verbundenen Kosten selber zu tragen (z.B. Stornierungskosten der gebuchten Reise).

Im Urlaub krank

Bei Krankheit im Urlaub sollte der Auszubildende unverzüglich seinem Arbeitgeber Bescheid geben und sich ein Attest von seinem Arzt holen, auch, wenn der Urlaub im Ausland stattfindet (§ 9 BUrlG). Der Urlaub verfällt dann nicht, verlängert sich aber nicht automatisch um die Krankheitstage. Der Urlaub kann dann von dem Auszubildenden, wieder in Absprache mit dem Arbeitgeber, zu einem späteren Zeitpunkt genommen werden.

Urlaub ausbezahlen?

Urlaub soll der Erholung dienen und dies geht natürlich nur, wenn man ihn auch in Freizeit genießen kann. Die »Abgeltung« des Urlaubs in Form von Geld ist grundsätzlich nicht möglich. Die einzige Ausnahme gibt's bei vorzeitiger Beendigung des Ausbildungsverhältnisses im laufenden Jahr durch eine Kündigung oder die bestandene Abschlussprüfung. Wenn es dem Auszubildenden nicht mehr möglich ist, seinen Urlaub anzutreten, muss er durch den Arbeitgeber ausbezahlt werden (§ 7 BUrlG). Der Betrag wird an der Höhe der Ausbildungsvergütung bemessen. [5]

WECHSEL BEI SOLI AKTUELL

Neue Fachkraft



Jula Müller, unsere langjährige Azubi-Beraterin, hat ihr Amt bei der Soli aktuell schweren Herzens und aus Zeitgründen niederlegen müssen. Vielen Dank von dieser Stelle aus für sechs Jahre kompetenter Beratung!



Mit **Julia Kanzog** haben wir eine wunderbare Nachfolgerin gefunden: Die 26-jährige Diplom-Handelslehrerin ist beim Münchner Azubi-Beratungsbüro Azuro unter Vertrag. [5]

Der Demografietarifvertrag

Vorstoß der ver.di-Jugend in Kooperation mit der IG BCE-Jugend: Die Azubis im Stromkonzern E.ON wollen mehr Energie in den Übernahmeverhandlungen.

Jung, dynamisch, sucht...« mit diesem Slogan wirbt die ver.di Jugend derzeit für eine ganz besondere Kampagne: den Demografietarifvertrag.

Die Idee: Die Leute, die derzeit eine Stelle haben, werden immer älter. Gleichzeitig ist die Übernahmequote in deutschen Betrieben unterhalb einer akzeptablen Größenordnung. Hier soll gegengesteuert werden: »Die Bedürfnisse der Jüngeren und der Älteren müssen auf eine Linie gebracht werden«, sagt Alexander Gröbner, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Oberpfalz und ver.di-Jugendbeauftragter für E.ON.

Gemeinsam mit den Vorsitzenden der Konzernjugend- und Auszubildendenvertretung (KJAV) von E.ON hat er Eckpunkte für ein Demografiekonzept entworfen. Damit für die jüngeren MitarbeiterInnen eine Chance auf Übernahme entsteht und den älteren altersgerechte Arbeitsplätze geboten werden könnten.

Um die Praxistauglichkeit zu überprüfen, haben sich die jungen GewerkschafterInnen den

Stromkonzern genau angesehen. Der Betrieb hat derzeit um die 2.800 Auszubildende in Deutschland, jährlich lernen um die 850 von ihnen in ca. 35 verschiedenen Berufen aus. Davon werden durchschnittlich ungefähr 250 übernommen – also weniger als ein Drittel.

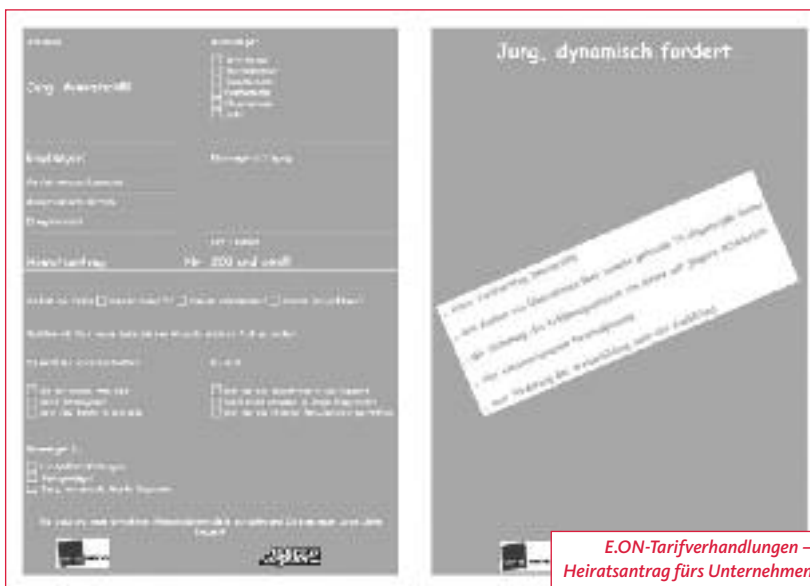
Viel zu wenig, meinen die ehrenamtlich engagierten ver.di-Jugend- und IG BCE-Jugend-Mitglieder. Der Konzern mache sich bis heute nur wenig bis keine Gedanken, wie er den demografischen Wandel bewältigen könne. Ein Großteil der E.ON-Beschäftigten ist derzeit zwischen 45 und 55 Jahre alt.

Die KJAV hat nach Vorlage der ver.di Jugend den demografischen Wandel auf die Tagesordnung gesetzt und dringt auf eine tarifliche Lösung. Bereits in mehreren Sitzungen der KJAV-Arbeitsgruppe wurde das

Thema aufgegriffen, um aus Sicht der Jugend Regelungsnotwendigkeiten z.B. hinsichtlich der Fragen Standortsicherung und – unbefristete – Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung zu definieren.


Darüber hinaus wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Gruppentarifkommission eingerichtet, um das Thema in einen Tarifvertrag einzubringen.

Wichtig ist auch, dass »die zunehmende Arbeitsverdichtung der Stammebeschäftigten kompensiert, der Transfer des Erfahrungswissens von älteren auf jüngere MitarbeiterInnen gewährleistet wird und eine vorausschauende zukunftsorientierte Personalplanung ebenso wie eine einheitliche Förderung der Weiterbildungsmaßnahmen nach der Ausbildung sichergestellt ist«, sagt Christian Hanika, Vorsitzender der E.ON-KJAV: »Der demografische Wandel gibt uns heute die Chance und wird uns morgen dazu zwingen!«



Apropos dynamischer Entwurf:

Zur Unterstützung der Forderungen gibt es auf der Homepage ein passendes Tool: einen Heiratsantrag. Motto: »Seitdem ich dich kenne, habe ich den Wunsch, mich an dich zu binden.«

Bedingung: keine One-Night-Stands und Treue bis zur Rente. 

Die Kampagnen-Homepage: www.jung-dynamisch-sucht.de

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

Die **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** teilt mit: Das Abgeordnetenhaus von Berlin beschließt einen fairen »Umgang mit Praktikantinnen und Praktikanten in der Berliner Verwaltung und Berliner Landesunternehmen«.

Zudem gibt es zwei schöne Seminare in Berlin-Brandenburg: vom 10. bis 12. September 2010 »Persönlichkeit und Menschenkenntnis« (»Jeder Mensch ist unterschiedlich«), Anmeldeschluss ist der 13. August 2010. Und vom 20. bis 24. September 2010 die Teamschulung für die Projektstage »Bewerbungstraining und Berufsorientierung« (Anmeldeschluss 23. August 2010) Infos: www.dgb-jugend-bb.de

Ein Fotowettbewerb hatte im Juni 2010 die **DGB-Jugend Niederrhein** ausgelobt. »Gute Ausbildung. Gute Arbeit. Gutes Leben« hieß das Thema. Auf der Wettbewerbs-Homepage sind seit Anfang Juli nun die besten Einsendungen ausgestellt.

www.fotowettbewerb2010.de

Die **DGB-Jugend Gießen** ist ans Theater gegangen: Im Juni 2010 wurde in Kooperation mit dem AstA der Universität »Der unbekannte Held« aufgeführt. Dabei handelt sich um ein Stück über den Hitlerattentäter Georg Elser.

<http://hessen-thueringen.dgb.de/jugend/jugendbueros/mittelhessen>

Die **Transnet-Jugend** und die Konzernjugend- und Auszubildendenvertretung (KJAV)

der Bahn haben im Juni 2010 dem Bahn-Personalvorstand Ulrich Weber einen Vorschlag für ein neues Betreuungskonzept für Azubis übergeben. Hintergrund der Aktion: eine Analyse von Transnet-Jugend und KJAV, die Probleme bei der Betreuung der Azubis aufdeckt. Danach fehlen bundesweit rund 150 Ausbildungs koordinatorenInnen. Teilweise müssen diese zurzeit jeweils 100 oder noch mehr Auszubildende betreuen. Nach Berechnungen der jungen GewerkschafterInnen dürften es maximal 37 sein.

Vom Personalvorstand erwarten Transnet-Jugend und KJAV nun klare Aussagen und Vorgaben an die Unternehmen.

www.transnet.org/Jugend/Aktuelles/10_06_17_Ausbildungskoordinatoren/

BUCH DES MONATS

Neulich in der Mittagspause. Andi: »Ej, von dem Ausbilder krieg ich noch voll die Krise!« Sandra: »Ich glaub, mir ist schlecht. Wir brauchen dringend 'ne Selbsthilfegruppe.«

Tja, was diese jungen Leute da erfahren, ist für viele der Alltag: Angesichts vieler psychischer Krankheitsfälle und zunehmender Belastung durch die Wirtschaftskrise erweist sich die Förderung der psychischen Gesundheit in den Betrieben als hochgradig aktuell. Wie man mit solchen Dingen umgeht, das steht in dem Buch »Psychisch gesund bleiben«.

Klar ist: Wenn es so weitergeht, dürfte Psycho-Beratungsliteratur im Betriebsratsbüro bald ihren festen Platz neben dem Betriebsverfassungsgesetz haben.

Marianne Giesert (Hg.): Psychisch gesund bleiben. Betriebliche Gesundheitspolitik für die Praxis – aus der Praxis, VSA-Verlag, Hamburg 2010, 224 S., 12,80 Euro

+ **Film:** »8. Wonderland« erzählt die Geschichte des ersten virtuellen Staates, den ein global zusammengesetztes Kollektiv im Internet gegründet hat. Wöchentlich stimmen die BürgerInnen über die nächsten Aktionen ab. Leider geht das Experiment schief, die KommunikationspiratInnen sitzen in der Falle: Als die Staatschefs beginnen, ihnen Gewaltakte in die Schuhe zu schieben, ist die Jagd auf die »Terroristen« eröffnet.



»8. Wonderland«. F 2008, Regie: Nicolas Alberny, Jean Mach. Kino-Start: 12. August 2010.

+ **Wettbewerb:** Wer während seiner Berufsausbildung Zusatzqualifikationen erworben hat, die über den eigentlichen Ausbildungsplan hinausgehen, ist beim Wettbewerb des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) richtig. Berichte können online eingereicht werden, es winken Geldpreise. Bewerbungsschluss: 15. August 2010.

www.myausbildungplus.de

+ **Rentenversicherungspflichtig oder nicht?** Das richtet sich im Studi-Job nach dem Verdienst. Und da sollte man besser mal ausrechnen, unter welche Bestimmung man fällt. Das ist aber verflucht kompliziert. Deswegen haben die fleißigen Berater des DGB-Jugendprojekts »Students at work« jetzt den »Gleitzone-rechner« gebaut.

Den gibt es hier: www.dgb-jugend.de/studium/jobben/jobarten/800_euro_jobs

+ **Das Archiv der Jugendkulturen** in Berlin gibt Arbeiten von Studierenden heraus, die sich mit dem Thema Jugendkulturen beschäftigen. Sollte es passen, können die AutorInnen mit einem Honorar in Höhe von 2.000 Euro rechnen.

www.jugendkulturen.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Students at work – das Einführungsseminar: Wie und was ist »Students at work«? Es ist das Beratungsprojekt der DGB-Jugend für erwerbstätige Studierende. Hier erhält man Informationen zu so wichtigen Dingen wie Gehalt, Urlaub, Kündigung etceterapepe. Wie man in solchen Sachen topfit wird, darum dreht sich dieses Seminar. Es richtet sich an all jene Studierenden, die ihre – nähere – Zukunft in den gewerkschaftlichen Hochschulinformationsbüros und Campus Offices sehen: als Beraterin und Berater.

12. bis 17. September 2010. DGB-Jugendbildungsstätte Hattingen. Buchungscode ABE 610278967

Schöner leben ohne Nazis II: Mit dem Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit des DGB-Bildungswerk Thüringen gibt es eine methodische Aufarbeitung für das Thema Rechtsextremismus. Anhand von klassischen Seminaren für junge Auszubildende und JAVEN soll gezeigt werden, wie die Bausteine systematisch in die alltägliche Arbeit eingebunden werden können und das Thema Rassismus nicht mal eben – »weil wir da ein spontanes Problem haben« – auf die Seminarordnung rutscht. Und auch wieder runter.

17. bis 19. September 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode SLNz 610278937

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	